



# 30 Jahre Gute Politik für Selm

Grundsteuer runter - Kaufkraft rauf ...  
Nur mit uns!



unabhängig

kritisch

bürgernah

## Vorwort

Am 20. Juli 1984 war es in Selm soweit: In Cappenberg wurde die UWG Selm e.V. gegründet. Der Auslöser für die Gründung der UWG waren die drohende Zerstörung des Stadtgebietes durch die geplante Bergbaunordwanderung und die damit einhergehende Zerstörung der Naherholungsgebiete, aber auch generell die fehlende Ökologie- und Naturschutzpolitik der etablierten Parteien im Stadtrat von Selm. Die UWG ist mittlerweile **die** Stimme für Ökologie und Nachhaltigkeit im Selmer Stadtrat. Und wenn man heute auf die 30 Jahre zurückblickt, war und ist die UWG in Selm eine unersetzbare politische Bereicherung in allen Bereichen der Kommunalpolitik. Politik lebt allerdings vom Blick nach vorne, dennoch werden wir an der einen oder anderen Stelle auch Entscheidungen der Vergangenheit wie die Haushaltskonsolidierung durch Herrn Mutter und die Schulschließungen kritisch bewerten, da diese Themen nach wie vor große Auswirkungen haben.

Den Knackpunkt der letzten Wahlperiode - **Erhöhung der Grundsteuern** - werden wir besonders betrachten.

Bei der **Kommunalwahl am 25. Mai 2014** wird der nächste Stadtrat gewählt. Bei der letzten Kommunalwahl 2009 gab es nach zehn Jahren absoluter CDU Mehrheit, in denen Selm nur verwaltet wurde und der Stillstand dominierte, einen Partei-Wechsel. Die SPD erreichte 12, die CDU 11 Sitze. Die UWG kam mit einem Ergebnis von knapp 20 % auf 6 Sitze im Stadtrat von Selm. Bürgermeister wurde der SPD-Kandidat Mario Löhr. Die von den Wählern so heftig abgestrafte CDU konnte dann aber mit Hilfe der SPD unsere Stadt doch weiterregieren. Im Sinne einer großen Koalition wurden in trauter Eintracht weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wie Reduzierung der Zuschussung von Sportvereinen, Erhebung von Nutzungsgebühren für Sportstätten und der Verkauf von diversen städtischen Gebäuden und Spielplätzen beschlossen und schließlich die radikale **Grundsteuererhöhung** von diesen beiden sogenannten Volksparteien durchgesetzt.

Es ist auch bunter geworden im Stadtrat. Die FDP und ein Vertreter der Partei „Die Linke“ sind ebenfalls im Rat der Stadt Selm vertreten.

Wir brauchen aber dringend eine Politik in Selm, die sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort richtet und nicht nach der Obrigkeit der sogenannten Volksparteien in Düsseldorf und Berlin schießt.

Es wird höchste Zeit, die „sogenannten“ Volksparteien in Selm abzuwählen! Sorgen Sie mit Ihrer Stimme für einen Wechsel in Selm. Sorgen Sie dafür, dass die bürgernahe UWG-Politik nicht durch die „große Koalition“ von SPD und CDU regelmäßig ausgebremst wird.

Mit einer stärkeren Fraktion werden wir Ratsbeschlüsse zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger verhindern und mit Ideen, mehr Kreativität und Bewegung in die Selmer Kommunalpolitik einbringen, um unser **Hauptziel zu verfolgen**:



## Wechsel zu einer besseren Politik in Selm

Das geht natürlich nur mit einer starken UWG - Fraktion.

Wir wollen die Stadt **Selm bereichern**,  
**anstatt** ihre Bürger durch die „Volksparteien“ zu **berauben**.

Mit Ihrer Stimme wird der notwendige Machtwechsel möglich.

Wofür die UWG steht, wird im folgenden Programm beschrieben:

## Programm der Unabhängigen Wählergemeinschaft Selm e.V. (UWG) zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Die UWG ist keine Partei sondern eine Bürgerbewegung. Seit 30 Jahren gestalten wir eine bürgernahe, soziale, ökologische und ökonomische Politik in Selm. Als Unabhängiger Verein verfolgen wir unsere eigenständige Linie zur Lösung der kommunalen Aufgaben, durch die örtliche Ausrichtung speziell auf Selm sind wir frei von außen wirkenden Kräften der Landes- und Bundespolitik. Zur Verwirklichung unserer Ziele sind wir dabei immer offen für eine sachliche Zusammenarbeit. Wenn es für unsere Bürger gut ist, sind auch gemeinsame Beschlüsse mit den anderen Fraktionen möglich. Einen Koalitionsvertrag werden wir aber auch zukünftig nicht unterzeichnen. Im Gegenteil wir werden Themen bezogen immer wieder versuchen, für unsere Ideen politische Mehrheiten zu finden. Nur so kann unser Profil eigenständig und **unabhängig** bleiben. Bei Abstimmungen unterliegt niemand einem Fraktionszwang.

Leitgedanke unserer Politik ist die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Darunter verstehen wir die Verknüpfung von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit. Deshalb sollen die natürlichen und finanziellen Ressourcen sparsam und wirkungsvoll genutzt und Freiräume möglichst erhalten werden, damit die Lebensgrundlagen auch für die zukünftigen Generationen bestehen bleiben. Es darf dabei aber nicht so sein, dass die Selmer Bürger die Finanzpolitik von Bund und Land und die Folgen der internationalen Finanzkrise ausbaden müssen, so wie es bei der **vollkommen überzogenen Grundsteuererhöhung** in Selm durch CDU und SPD im Jahre 2012 geschehen ist. Die UWG hat **gegen diese Erhöhung** gestimmt. Diese Verdoppelung der Grundsteuer ist inzwischen vom Verwaltungsgericht und auch dem Oberverwaltungsgericht zwar als rechtmäßig eingestuft worden, aber nach Aussage des Richters beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen sei das Ganze eine rein politische Entscheidung des Rates der Stadt Selm gewesen. Die, so der Richter, bei der nächsten Kommunalwahl korrigiert werden könne.

Dies bedeutet:

**Die Grundsteuer kann durch einen Ratsbeschluss wieder gesenkt werden!**

Um unser Hauptziel

## - Wechsel zu einer besseren Politik in Selm -

zu erreichen, setzen wir uns besonders ein für:

- ✓ Mehr Bürgerbeteiligung
- ✓ Beste Kitas und Schulen für Selm
- ✓ Ehrenamt weiter stärken
- ✓ Stadt mit Freiraum erhalten
- ✓ Fracking nein, Klimaschutz ja
- ✓ Einrichtung von Fahrradstraßen
- ✓ Mehr Fachgeschäfte in Selm
- ✓ Senkung der Gebühren und Beiträge
- ✓ Rücknahme der Grundsteuererhöhung

Unsere Ziele wollen wir dabei politisch in folgenden drei Schwerpunkten umsetzen:

1. **Menschen - Bildung - Familie**
2. **Umwelt - Stadtentwicklung - Verkehr**
3. **Wirtschaft - Finanzen - Arbeit**

## 1. Menschen - Bildung - Familie

Im Mittelpunkt der **Kommunalpolitik** müssen grundsätzlich die Bürgerinnen und Bürger stehen, deshalb stellt die erste wichtige Säule unseres Wahlprogramms folgerichtig eine bürgernahe, soziale Familienpolitik dar. Ohne soziale Gerechtigkeit und Bürgernähe kann unserer Meinung nach Politik nicht funktionieren. Nach unserem Verständnis gehören dazu die **Stärkung der bürgerschaftlichen Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit**, eine **qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik**, sowie die Förderung der Bereiche **Kultur, Sport, Freizeit und Tourismus**.

### 1.1 Bürgerschaftliche Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit

Aktive Bürgerbeteiligung ist die Grundlage für eine lebendige Kommune. Spätestens seit den Protesten gegen „Stuttgart 21“ ist die Forderung nach stärkerer Bürgerbeteiligung in aller Munde. Die UWG schließt sich dem an! Wir fordern seit langem eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger in Planungs- und Entwicklungsprozesse. Wir verlangen, dass der „Wutbürger“ ernst genommen wird. Dazu gehört ein Haushalt, den die Bürger nachvollziehen und mittragen können. Bei wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt ist die Bürgerschaft intensiv einzubeziehen. Es sollten nicht über ihre Köpfe hinweg wie z.B. bei den Schulschließungen praxisferne, ungerechte und nicht nachvollziehbare Beschlüsse gefasst werden, die zudem noch zu Lasten unserer Kinder gehen.

Die Sozialpolitik der Stadt sollte sich grundsätzlich nicht darauf beschränken, bedürftige Menschen mit Geld oder Hilfeleistungen zu versorgen. Sie muss ihnen helfen, ihr Leben wieder in die eigene Hand zu nehmen. Benachteiligte oder ausgegrenzte Menschen müssen langfristig in das soziale und kulturelle Leben dieser Stadt eingebunden werden. Dieses geschieht am besten durch einen Aufbau von sozialen Netzen in Selm. Beratungsstellen, Schuldnerberatung, Freizeit- und Betreuungsangebote sowie Sozialtickets sind hierfür wichtige Bausteine.

Basierend auf Statistiken der Bundesagentur für Arbeit befinden sich die Zahlen der SGB II-Leistungsbezieher auf dem niedrigsten Stand seit Anfang 2006. Wir zweifeln die Zahlen an, weil z.B. Ein-Euro-Jobber nicht als Arbeitslose geführt werden und auch die Arbeitssuchenden ab 58 genauso herausfallen wie die zahllosen Menschen in diversen beruflichen Weiterbildungslehrgängen und ähnlichen Warteschleifen.

### **Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass**

- der Seniorenbeirat mehr politische Unterstützung und mehr Mitsprache bekommt,
- das Jugendparlament in die praktische politische Arbeit stärker integriert wird,
- Bürgervertretungen und Projektgruppen in Planungsprozesse integriert werden,
- Bürgerversammlungen, Bürgerdialoge und Bürgerforen regelmäßig stattfinden,
- durch die Ehrenamtskarte weitere Vergünstigungen an ehrenamtlich tätige Bürger gewährt und vermittelt werden,
- eine qualifizierte Beratung und Betreuung für Ratsuchende vor Ort gewährleistet wird (Sozialrecht, Arbeitsrecht, Rentenberatung etc.),
- Menschen in für sie passende Arbeitsstellen gebracht werden. Hier kommt sowohl der erste als auch der zweite Arbeitsmarkt in Frage. Eine leistungsgerechte Entlohnung nach regulären Tarifen muss dabei selbstverständlich sein,

- ein Sofortprogramm zur Bekämpfung von (drohender) Armut für Kinder und Jugendliche durchgeführt wird, damit sich deren Lebensverhältnisse in sozialen Problemlagen nicht noch mehr verschlechtern,
- Frauen und speziell allein erziehende Mütter wieder ins Arbeitsleben eingliedert werden,
- von Altersarmut betroffene Frauen und Männer eine qualifizierte Beratung und Betreuung in Selm erhalten,
- Formulare und Behördenbriefe verständlicher abgefasst werden und die Selmer merken, dass die Verwaltung Dienstleister und nicht Dienstherr ist,
- kundenorientiert gearbeitet wird, Anträge, Bürgeranliegen etc. innerhalb kürzester Zeit erledigt werden müssen (Antwortgarantie) und viele Behördenangelegenheiten auf Wunsch auch online (Formulare und Antragswesen) bearbeitet werden können,
- das „Wir - Gefühl“ bei allen Bürgern Selms weiter gestärkt wird und die Bereitschaft zum privaten Engagement und zur politischen Arbeit geweckt und stärker gefördert wird,
- Bürger, Vereine, Initiativen, politische und kirchliche Arbeitskreise mit städtischer Unterstützung neue Aufgaben und Verantwortungen übernehmen,
- die öffentliche Sicherheit durch die kontinuierliche Arbeit des "kriminalräventiven Rates" verstärkt wird, der spezielle Sicherheitsfragen aufgreifen kann, die von anerkannten, unabhängigen Sachkundigen verbessert werden sollten,



- der Außen- und Innendienst des Amtes für Bürgerservice, Öffentliche Ordnung und Soziales gestärkt wird, um das Sicherheitsgefühl in der Bürgerschaft zu erhöhen,
- die öffentliche Ordnung und Sicherheit in den Händen der Stadtverwaltung und Polizei verbleiben, statt private Sicherheitsdienste zu Dumpinglöhnen durch unsere Stadt wandeln zu lassen,
- Bürger, Vereine, Initiativen, politische und kirchliche Arbeitskreise mit städtischer Unterstützung neue Aufgaben und Verantwortungen übernehmen,
- Bürger stärker motiviert werden, Ehrenämter zu übernehmen, z.B. Spielplatzpate zu werden oder die Pflege von Grünanlagen zu übernehmen,
- das kommunale Wahlrecht auch für Selmer Einwohner, die nicht aus EU-Staaten kommen, eingeführt wird. Um der Gefahr der Unterdrückung von Minderheiten und rechtsradikalem Denken entgegenzuwirken, müssen Menschen, die sich politisch auf demokratische Weise betätigen wollen, dies auch dürfen. Dabei ist uns klar, dass dieses Vorgehen einer Grundgesetzänderung bedarf, die aber nur auf Druck der Basis (Kommune) zustande kommen wird,
- die Arbeit in den Ausschüssen des Rates der Stadt wirkungsvoller wird und neben den Pflichtaufgaben auch als Diskussionsplattform für neue Ideen angesehen wird,
- Bürger bei der Durchführung von Bürgerbegehren unterstützt werden und die Stadt es nicht auf einen Machtkampf zwischen Rat und Verwaltung einerseits und den betroffenen Bürgern andererseits ankommen lässt,

- bei Bürgerbegehren keine überzogenen Anforderungen an den Inhalt von Kostendeckungsvorschlägen gestellt werden und dass von den Initiatoren keine juristischen oder finanzwissenschaftlichen Fachkenntnisse zu verlangen sind,
- durch verstärkte Jugendarbeit (Streetworker) die Jugendlichen an verantwortungsvolle Aufgaben in der Stadt und für die Allgemeinheit herangeführt werden,
- Jugendtreffs nicht geschlossen, sondern auf- und ausgebaut werden,
- für die „Selbar“, als Treffpunkt für Jugendliche, ein neues geeignetes Lokal gefunden wird und dieser Jugendtreff weiterbetrieben wird,
- die Öffnungszeiten des Jugendheimes „Sunshine“ an Sonn- und Feiertagen, Wochenenden und Ferientagen erweitert werden,
- bei den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden die Wertschätzung fremden Eigentums und die Beachtung allgemeiner Werte durch qualifizierte Betreuung vermittelt wird.



## 1.2 Qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik

Selm muss kinder- und familienfreundlicher werden, wie es auch stets im Familienatlas dokumentiert wird. Ein Aufzählen der durchaus vorhandenen guten familienpolitischen Strukturen in Selm reicht da sicherlich nicht aus. Vielmehr ist hier ein ständiges Weiterentwickeln und Verbessern - auch unter Hinzunahme von weiteren Finanzmitteln - angesagt. Dazu gehört, neben einem zuverlässigen und flexiblen Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen in allen Ortsteilen (z.B. mehr U3 Plätze in Cappenberg), vor allem eine durchdachte und mit Weitblick versehene Bildungspolitik.

Qualitätsvoll bedeutet, gute Standards weiter verbessern und nicht vorschneller Abbau gut funktionierender Einheiten. Gerade an dieser Stelle hat sich die UWG massiv eingesetzt. Sie hat die Bürgerinitiative gegen die Schließung eigenständiger Schulstandorte intensiv unterstützt. Auch wenn die Anstrengungen der BI letztlich nicht erfolgreich waren, so kann man inzwischen die Folgen dieser Fehlentscheidung sehen, die allerdings damals schon absehbar und bekannt waren. Sie stehen im krassen Gegensatz zu all den politischen Versprechen, wonach weder Borker Kinder in Cappenberg, noch Cappenberger Kinder in Bork unterrichtet werden sollen. Nachdem es nämlich inzwischen schon normal geworden ist, dass Kinder aus Hassel und Netteberge getrennte Wege gehen müssen und als „Auffüllkinder“ mal in Cappenberg, mal in Bork eingeschult werden, trifft es seit 2013 erstmals auch umgekehrt Cappenberger Kinder, die in Bork beschult werden müssen, weil Geschwisterkinder aus Bork Vorrang haben.

Schulpolitik ist zwar Landespolitik, diese Politik muss aber in den Kommunen umgesetzt werden. Die UWG interpretiert das Schulgesetz so, dass kleine Lerneinheiten für Grundschulen vorgeschrieben sind (Bandbreite 15-28 Kinder, Durchschnitt 23) und dass nach § 82 Schulgesetz NRW auch die Fortführung einer bestehenden Grundschule bei Einzügigkeit erlaubt wäre.

Demographie und geändertes Schulwahlverhalten hat auch in Selm in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung bekommen und bewirken die

Notwendigkeit, dieser Entwicklung gerecht zu werden. Die Hauptschule hat an Bedeutung verloren. Eltern wünschen einen höherwertigen Schulabschluss für ihre Kinder. Diesen Forderungen entsprach das Land NRW mit der Möglichkeit über die Gründung von Sekundarschulen gemeinsames Lernen verschiedener Schüler zu ermöglichen. Ein qualifizierter Sekundarabschluss ermöglicht den Übergang in die Sekundarstufe II, deren Abschluss das Abitur ist. In Selm ist das örtliche Gymnasium (G 8) der Ort für diese Möglichkeit. Abgesehen davon, dass ein Schulwechsel immer Schwierigkeiten mit sich bringt und Eltern mit großer Mehrheit die alte G 9 - Form wünschen, hat das 8jährige Gymnasium aber ein anderes Curriculum als zum Beispiel eine Sekundarschule. Dadurch könnte der Übergang erschwert werden.

Die UWG ist daher der Ansicht, dass eine homogenere Lösung die **Gründung einer Gesamtschule** gewesen wäre, die ohne Wechsel der Schule das Abitur an der gleichen Schulform ermöglicht und das in der von den meisten Eltern gewünschten 9-jährigen Schulzeit. Die Anmeldezahlen und das Auspendeln Selmer Schüler zu den Gesamtschulen der Nachbarstädte belegen dies eindrucksvoll.

Nach Auskunft von Herrn Schober, dem langjährigen Begleiter der Selmer Schulentwicklung, hat in vergleichbaren Fällen die Gründung einer Gesamtschule als Abiturschule einem im gleichen Ort ansässigen Gymnasium in Bezug auf Schülerzahlen nicht geschadet. Die UWG hat ihre Gesamtschul-Forderung aber politisch nicht durchsetzen können. Daher unterstützt die UWG die Gründung einer attraktiven Sekundarschule für alle Selmer Schülerinnen und Schüler. Es darf kein Schüler abgewiesen werden und das Auspendeln Selmer Schüler soll reduziert werden.

Vom 1.08.2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Diesen Rechtsanspruch zu gewährleisten, ist eine große Herausforderung für die Kommune. Die Elternbeiträge für Kinder-gärten und für Kinderbetreuung werden in NRW vom Stadtrat festgelegt und beschlossen, die Gebühren sind undurchschaubar, oft ungerecht und liegen häufig weit auseinander. Ausgerechnet finanziell schwache Städte mit vielen sozialen

Problemen, wie Selm, verlangen vielfach besonders hohe Gebühren. Dass die Kitagebühren so unterschiedlich hoch sind, passt auch nicht zum Anspruch des Staates, durch öffentlich finanzierte Bildung im ganzen Land gleiche Lebens- und Bildungschancen für seine kleinsten Bürger zu ermöglichen.



### Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- die Cappenberger Grundschule erhalten bleibt und nach Möglichkeit auch wieder ihre Selbständigkeit erhält,
- Selmer Grundschulen auch als einzüiges System weitergeführt werden können,
- Grundschulkindern nicht ausgegrenzt werden und die wohnortnahe Grundschule aus sozialer, kultureller und pädagogischer Sicht immer oberste Priorität hat,
- das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ bei den Schulwegen umgesetzt wird,

- sich Selm der Kampagne: „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ anschließt  
- Zusammenhang zwischen Gehen und Gesundheit -,
- Schulwege und besonders die Brennpunkte vor den Schulgebäuden und Kindergärten für unsere Kinder sicherer werden (Sicherheitsstudie) und Verbesserungen systematisch umgesetzt werden,
- Fahrradstraßen (z.B. am Sandforter Weg im Rahmen des neuen Kreisverkehrs) eingerichtet werden,
- keine Konkurrenzsituation zwischen offener Ganztagschule und bestehenden Betreuungseinrichtungen entsteht,
- keine Ausgrenzung bei der offenen Ganztagschule geschieht, sondern jeder der möchte auch einen Platz bekommt,
- „Kein Kind ohne Mahlzeit“ nicht an finanziellen Mittel scheitert,
- der demographische Wandel zur Reduzierung der Gruppengröße in den Kindergärten und den Schulen genutzt wird,
- die Schulanfangszeiten zur Kosteneinsparung des ÖPNV nicht zu Lasten der Schüler und Eltern erfolgen,
- das Selmer Schulangebot so gestaltet wird, dass die hohe Zahl der Auspendler reduziert wird (alle Selmer Schüler in Selmer Schulen),
- die Gründung einer Sekundarschule konstruktiv begleitet und dem Elternwillen bei der Anmeldung zur Sekundarschule selbstverständlich entsprochen wird,

- das Thema „Inklusion“ kritisch und konstruktiv begleitet wird,
- die Stadt Selm die engagierte und kompetente Arbeit der Förderschule anerkennt und Selm als Standort für die sonderpädagogische Förderung erhalten bleibt,
- die von SPD und CDU beschlossene Erhöhung der Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen von bis zu 80 %, (diese Erhöhung brachte Selm einen Spitzenplatz in NRW ein) wieder rückgängig gemacht wird,
- das letzte Kindergartenjahr grundsätzlich beitragsfrei bleibt, oder noch besser, Kitagebühren in ganz NRW komplett abgeschafft werden, als Grundstein für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an,
- Kinder unter 3 Jahren sicher und kindgerecht betreut werden,
- Tagesmütter entsprechend ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit angemessen entlohnt werden und nicht für 5,00 € brutto pro Stunde arbeiten müssen,
- ausschließlich geeignete, zertifizierte Tagesmütter vermittelt werden,
- Kinder und Jugendliche im wohnnahen Umfeld Möglichkeiten haben, sich ungefährdet zu Spiel, Sport und Spaß zu treffen (kein Spielplatzverkauf ohne städtebauliche Gesamtkonzepte),
- kein vorschneller Verkauf von Schulgebäuden vollzogen wird. Trotz Schülerrückgang müssen Schulen erhalten bleiben,
- die Kleinen Strolche, die Villa Kunterbunt und ähnliche Einrichtungen als Betreuungseinrichtung mit flexiblen, stabilen und sozial verträglichen Beiträgen erhalten bleiben und eine vertragliche Finanzierungssicherheit erhalten,

- die Waldschule weiterhin unterstützt und gefördert wird und nicht ständig um ihre Existenz bangen muss,
- die Schulsozialarbeit weitergeführt wird,
- es zu einer Vernetzung zwischen Schule und Jugendhilfe kommt und die ambulanten Familienhilfen verstärkt werden,
- die Jugendhilfeangebote von Stadt und freien Trägern sicher finanziert, auf hohem qualifizierten Niveau fortgesetzt und wechselnden Bedarfslagen flexibel angepasst werden,
- "Offene Freizeittreffs" als Begegnungsorte für Jugendliche und Kinder eingerichtet werden,
- das neue Selmer Patenmodell, das darauf abzielt, Ehrenamtliche zur Unterstützung von Familien zu finden, eine sichere Finanzierung erfährt,
- Bedarfs- und Handlungsanalysen über die Bevölkerungsstruktur und die Angebotssituation für die ältere Generation gemacht werden, mit dem Ziel die gesamte Infrastruktur in den einzelnen Ortsteilen anzupassen um selbstbestimmtes Wohnen im Alter zu ermöglichen,
- Weitere Wohnformen (z.B. generationsübergreifendes Wohnen) für alte Menschen geschaffen werden, welche ihnen ermöglichen, ihre Selbstständigkeit zu bewahren,
- die Begleitung im Alter und Beratung städtische Aufgabe wird, damit eine soziale Vereinsamung vermieden wird,
- alten Menschen der Zugang zu Kultur, Bildung, Kunst, Musik und mitmenschlicher Begegnung erhalten und erleichtert wird.



### 1.3 Kultur, Sport, Freizeit und Tourismus

Kultur hatte in Selm einen hohen Stellenwert, der besonders in den Wahlperioden 1999/2009 reduziert wurde (z.B. Aufgabe der Theaterreihe, Streichung Kulturförderpreis der Stadt Selm etc.). **Kultur** ist offiziell keine Pflichtaufgabe, sollte allerdings zu einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden. Um angesichts der angespannten Haushaltslage aus der defensiven Spardiskussion herauszukommen und durch Reformen Möglichkeiten für künstlerische und kulturpolitische Weiterentwicklungen zu eröffnen, bedarf es in der Kulturpolitik einer erneuten Zieldiskussion.

**Lebenslanges Lernen** ist heute notwendiger denn je. Deshalb sind wir für eine stabile Förderung der Volkshochschule. Wir begrüßen den Zuwachs in der Musikschule der im Übrigen nicht immer wieder durch Gebührenerhöhungen (wie von CDU und SPD beschlossen) zunichte gemacht werden darf.

Die städtische Bibliothek (**BIB**) ist mehr als eine Leihbücherei. Sie bietet Programme zur Verbesserung der Lesekompetenz im Schulalter, zur Erhöhung der Medienkompetenz sowie zu Literaturrecherchen (z.B. für Facharbeiten) an. Die personelle Ausstattung wurde in den letzten Jahren mehrfach gekürzt, so dass die pädagogische Arbeit kaum noch zu leisten ist. Bei weiterer Reduzierung der Öffnungszeiten fallen außerdem Landesmittel weg. Dieses würde das Aus der BIB bedeuten. Dieses gilt es zu verhindern.

Die **Sportpolitik** der Stadt Selm war in der Vergangenheit nicht sehr zukunftsorientiert. Sie beschränkte sich in erster Linie auf die Sicherung und Vergabe der Hallen und Plätze, auf Gewährung von Zuschüssen sowie Durchführung von Siegerehrungen. Eine aktive kommunale Sportpolitik sollte sich als Gesundheits-, Jugend-, Gleichstellungs- und Familienpolitik in der Stadtplanung definieren. Durch den Bau der neuen Kunstrasenplätze wurde ein erster richtiger Schritt zur Verbesserung der „Infrastruktur Sport“ getan. Weitere müssen folgen.

**Tourismus** und **Freizeit** müssen in Selm zukunftsorientiert und unter Einbindung des Fachamtes, der Gastronomie, der Kaufleute sowie der Wirtschafts-

betriebe geschehen. Freizeit und Tourismus haben in Selm bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Durch die Aktivitäten ehrenamtlicher Bürger als Stadtführer konnten erste Erfolge auch überregional - für die Stadt Selm erzielt werden. So wird eine aktive Förderung des Stadtbildes und der Wirtschaft ermöglicht. Besuchern der Stadt Selm, den Radtouristen, interessierten Bürgern, Gruppen aus Selm sowie den benachbarten Städten, können die Besonderheiten der Stadt, ihre Geschichte sowie der in Selm deutlich erkennbare Wandel verdeutlicht werden. Schloss und Burgen, spannende und amüsante Geschichten, Sehenswertes und Verborgenes der Stadt Selm wurden so erstmalig ins rechte und positive Bild gerückt. Die Entwicklung Selms aus einer ländlichen Gemeinde mit den damit zusammenhängenden Handwerks-, Handels- und Gewerbebetrieben, zu einem Industriestandort bis zum heutigen Selm, zeugt von enormem Bürgerengagement und Aufbauwillen.



### Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- eine Kultur gefördert wird, die Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammenbringt, und nicht eine Kultur, die allein dazu dient, sich von anderen abzusetzen,
- kommunale Kulturförderung ausdrücklich als Pflichtaufgabe angesehen wird und dass auf Länderebene Kulturgesetze verabschiedet werden, worin diese Pflichtaufgabe festgeschrieben wird,
- keine weiteren Mittelkürzungen und Sparmaßnahmen bei kultureller Bildung und Vermittlung vorgenommen werden, d.h. Angebote der Kinder- und Jugendkultur, der kulturellen Breitenarbeit und der Kultur für sozial Schwächere nicht gestrichen werden,
- erneut jährlich der Kulturförderpreis der Stadt Selm ausgelobt wird,
- nichtverkaufte Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen kostenlos an Menschen mit geringem Einkommen ausgegeben werden,
- junge Selmer Künstler und „Junge Kunst“ gefördert werden,
- Schloss Cappenberg als Kulturstätte mehr in den Blickpunkt Selms gerückt wird, und die vom Kreis Unna beschlossenen Eintrittsgelder für Ausstellungen im Schloss Cappenberg rückgängig gemacht werden,
- die Vermietung des Bürgerhauses an Vereine und Privatpersonen zu günstigen Preisen möglich ist,
- im Stadtgebiet ein Informationspunkt (I-Punkt) eingerichtet wird,
- die personelle Ausstattung der BIB verbessert wird, um die Öffnungszeiten zu erweitern und sie somit für die Bürger attraktiver wird und um die pädagogische Arbeit zu sichern,
- weder das Bürgerhaus noch die Räume des BIB verkauft werden,

- die Musikschule für alle Interessierten offen bleibt und möglichst vielen Kindern die Möglichkeit eröffnet wird, sich musikalisch zu bilden,
- musikalisch begabten Kindern in der Musikschule eine individuelle Förderung ermöglicht wird,
- das Projekt JeKi (Jedes Grundschulkind erlernt ein Musikinstrument) weiter entwickelt wird,
- umfassende Programme zur Förderung von Sport entwickelt werden,
- Bolzplätze und freie Spielplätze für Gruppen bereitgestellt werden, die keinem Verein angehören,
- im Sportbereich die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gefördert wird (z.B. Nachtturniere für „gelangweilte“ Jugendliche),
- das Engagement von Sportvereinen und ehrenamtlichen Übungsleitern ideell und materiell unterstützt und besser anerkannt wird,
- die Stadt Selm die notwendige Infrastruktur bereitstellt und unterhält, die der Schul-, Vereins- und Breitensport benötigt,
- Hallen- und Platzbenutzungsgebühren für Sportvereine wieder abgeschafft werden, weil damit allen Selmern die letzte Möglichkeit genommen wird, kostengünstig Sport zu treiben,
- eine Mehrzweckhalle (evtl. nach den Plänen der Regionale 2016) errichtet wird,
- darauf hinzuarbeiten ist, dass dem demographischen Wandel Rechnung getragen wird, indem ältere Mitmenschen ein geeignetes Sport- und Kulturangebote vorfinden können,
- das Freibad auch langfristig erhalten, und attraktiv ausgebaut wird, und der Trägerverein und die gemeinnützige GmbH jede städtische Unterstützung erhalten,

## Grundsteuer runter - Kaufkraft rauf!

---

- Grünflächen, die üblicherweise nicht für sportliche Aktivitäten vorgesehen sind, als Spiel- und Bewegungsraum genutzt werden,
- neue Bolzplätze angelegt werden und die vorhandenen Bolzplätze nach dem neuesten Stand erneuert und gewartet werden,
- keine weiteren Schließungen, Reduzierungen und Vermarktungen von Spiel- und Bolzplätzen beschlossen werden,
- ein Stadionverkauf nur vollzogen wird, wenn am Ende ein deutliches Plus für alle Beteiligten (Schule, Sportvereine, Handel, Gewerbe und Stadt) herauspringt,
- die Naherholungsgebiete unseres Stadtgebietes, wie Cappenberger Wald, Ternscher See und der Paßbach bzw. Selmer Bach, durch eine Wegeverbindung miteinander vernetzt werden (s. Pläne Regionale 2016),
- der Ternscher See und speziell das Umfeld (z.B. Haus Seeblick) attraktiver gestaltet wird.



## 2. Umwelt - Stadtentwicklung - Verkehr

Die zweite tragende Säule unseres Programms befasst sich mit der Entwicklung unserer Stadt unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten.

Durch die Gebietsreform Mitte der 70-er Jahre und die Zuordnung Selm zum Kreis Unna wurde unsere Stadt von der ländlichen Zone des Südmünsterlandes in die Ballungsrandzone des Ruhrgebietes gestuft. Damit wird ein Widerspruch zwischen politischer Grenzziehung und geografischer Zugehörigkeit deutlich, der Gefahren aufzeigt, aber auch Entwicklungschancen deutlich werden lässt.

Das Stadtgebiet von Selm ist inzwischen umzingelt von industriellen Großkraftwerken mit riesig hohen Kühltürmen und Kesselhäusern in Lünen, Werne, Hamm, Bergkamen und Datteln. Die Luftbelastung ist bereits jetzt als besorgniserregend anzusehen und kilometerlange Kühlturmschwaden beeinflussen unser Klima negativ. Dennoch sind weitere Großprojekte im Bau bzw. geplant: Der „newPark“, das Kohlekraftwerk Datteln IV, sowie das bereits im Probetrieb laufende Trianel-Kraftwerk in Lünen. Die UWG Selm hat zu diesen Großprojekten folgende Standpunkte:

Das **Kohlekraftwerk Datteln 4** trägt den Namen „größter Schwarzbau Europas“. In einem Klageverfahren wurde nämlich der Bebauungsplan vom OVG Münster für nichtig erklärt. Durch ein Zielabweichungsverfahren soll die Landesregierung den Klima-Killer jetzt nachträglich legalisieren. Da im Koalitionsvertrag jedoch vereinbart wurde, Landesrecht nicht zugunsten begonnener Projekte zu verbiegen und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht schlechter zu stellen als bisher, setzen wir uns mit allen Mitteln dafür ein, dass die Landesregierung zu diesem Wort steht.

Die UWG Selm e.v. begrüßt die Entscheidung der Landesregierung keine Landesbürgerschaft für das Großindustriengebiet „newPark“ in Datteln auszustellen. Seit Gründung der UWG Selm in 1984 kämpfen wir für den Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Rieselfelder in Waltrop und Datteln und gegen die Industrialisierung.

Das **Trianel-Kraftwerk** in Lünen-Lippolthausen ist ebenfalls nicht rechtskonform genehmigt und auch hier wird mit Neuanträgen versucht, nachzubessern. Das Kraftwerk führt, genauso wie Datteln 4, die Rauchgase nicht über einen Schornstein, sondern über den Kühlturm ab und die Hauptbelastungszonen der Emissionen liegen nach Angaben von Trianel in Selm-Cappenberg und in Werne-Langern. Durch den „Probetrieb“ ist inzwischen die Abgasfahne bei Süd-West-Wind (Hauptwindrichtung) über Cappenberg gut sichtbar. Langzeitstudien in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen und auf mögliche Umweltschäden existieren nicht. Die gigantischen Ausmaße der Kühltürme in Datteln und Lünen hat man als Selmer Bürger jetzt täglich vor Augen und sie verschandeln die Umgebung. Als UWG Selm e.V. sind wir der Meinung, dass diese weiteren Großkraftwerke die Wohn- und Lebensqualität in Selm erheblich beeinträchtigen und wir werden die Bürgerinitiativen und politischen Gegner dieser Kraftwerksbauten unterstützen. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass Selm als Nachbarkommune von Lünen und Datteln das nachbarschaftliche Einvernehmen für einen Betrieb der Kraftwerke nicht erteilen wird.

Auch auf dem Selmer Stadtgebiet besteht die Möglichkeit der unkonventionellen Gasförderung (**Fracking**). Bei diesem Verfahren wird unter Hochdruck ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst, um Methan, das in Kohleflözen und Schiefergestein gebunden ist, zu lösen und zu fördern. Die dabei eingesetzten Chemikalien sind zum Teil krebserregend und hormonverändernd. Sie stellen eine große Gefahr für das Grundwasser und Böden Selms dar. Internationale Firmen haben bereits ihre Claims im Münsterland (auch in Selm) abgesteckt. Hier wurde bereits bewiesen, dass viele Umweltprobleme und Gesundheitsgefahren von der Frackingmethode ausgehen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung für „Fracking“ ist bisher nicht vorgeschrieben und hinzu kommt, dass das antiquierte Bergrecht eine frühzeitige Bürgerbeteiligung verhindert. Zudem werden die wichtigsten Themen der Energiepolitik - Energieeffizienz und Energieeinsparung - durch das Erkunden neuer Erdgasquellen konterkariert.

Wegen der Katastrophe in Fukushima und selbstverständlich bereits lange Zeit vor diesen schrecklichen Ereignissen hat sich die UWG immer gegen die Nutzung von Atomenergie und für den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen eingesetzt. Deshalb wird die UWG auch weiterhin durch Teilnahme an Protestveranstaltungen oder Einladungen zu Mahnwachen dafür streiten, dass die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik möglichst zeitnah stillgelegt werden. So sind - bei dieser vorgegebenen Lage unserer Stadt - und den damit einhergehenden Problemen - ein **aktiver Umweltschutz**, die **Entwicklung zu einer ökologischen Stadt** und die **Förderung von umweltverträglichem Verkehr** dabei die Kernbereiche, die bei den Themen Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr zu beachten sind.

## 2.1 Aktiver Umweltschutz

Für uns hat **Umweltschutz** nichts an Bedeutung verloren! Im Gegenteil: Die UWG steht ein für schonenden Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen. Insofern ist Ökologie die Grundvoraussetzung für den Erhalt unserer Lebensqualität. Wir verstehen Umweltschutz nicht als nachgeschaltete Umwelttechnik, sondern als Produktinnovation. Wo Sachverstand regiert, steht Klima- und Ressourcenschutz auf Platz 1 der Agenda.

Vehement haben wir gegen die Streichung der Stelle „Umweltschutz“, die CDU und SPD zu verantworten haben, gekämpft. Es ist unerlässlich, in der Verwaltung einer Mittelstadt eine qualifizierte Person aus dem Bereich Umweltingenieurwesen zu beschäftigen, die sich mit den zunehmenden Umweltproblemen fachgerecht auseinandersetzen kann.

Zweimal wurden unsere Anträge zur Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien für unsere städtischen Immobilien von SPD und CDU abgelehnt. Andererseits schmückt die Stadt sich mit einer Mitgliedschaft im Klimabündnis, bei dem sich die Mitglieder verpflichten, Strom aus erneuerbaren Energien zu nutzen. Wir nennen das Scheinheiligkeit der beiden „großen Parteien“.



## Grundsteuer runter - Kaufkraft rauf!

Katastrophen-, Zivil- und Feuerschutz gehört für uns ebenfalls in den Bereich aktiver Umweltschutz. Gerade unsere Freiwillige Feuerwehr ist ein Paradebeispiel wie sich Menschen in unserer Stadt aktiv und ehrenamtlich für die Belange und zum Wohle ihrer Mitmenschen einsetzen.

Die Stadt Selm liegt mit drei Haltepunkten an der Bahnlinie Dortmund – Ahaus - Gronau - Enschede, darüber werden regelmäßig Castortransporte nach Ahaus und Züge, beladen mit Uranhexafluorid zur Urananreicherungsanlage nach Gronau befördert. Diese Transporte stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, wir fordern einen generellen Transportstopp dieser Atomtransporte durch das Stadtgebiet von Selm.



## Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- in unserem Stadtgebiet die Bereiche erhalten bleiben, die noch den Charakter der Münsterländischen Parklandschaft aufweisen,
- als Beitrag zum Klimaschutz und zum Schutz der heimischen Wälder und FFH-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat) naturnahes Wirtschaften durch die Pflanzung von standortgemäßen Baumarten betrieben wird,
- die letzten verbliebenen "grünen Inseln" im Stadtgebiet (z.B. Ludgerigräfte, Lüffe-Park, Schulze-Weischer, Park in Bork) die der direkten Naherholung dienen, nicht bebaut oder versiegelt werden,
- Anstrengungen unternommen werden, die regionalen Grünzüge im Biotopverbund zu renaturieren,
- die Flächennutzung künftig in der Weise betrieben wird, dass die ökologische Tragfähigkeit des Naturhaushaltes erhalten bleibt,
- die Naherholungsfunktion unseres Stadtgebietes nicht durch unsinnige industrielle Großprojekte zerstört wird (z.B. Kohlekraftwerke in Lünen und Datteln oder unnötige Industriegebiete),
- speziell dem Vorhaben „New Park“ in den Rieselfeldern Widerstand entgegengesetzt wird (die Landesregierung sollte nicht unnötig Steuergelder verbrennen), um eine der wichtigsten Frischluftschneisen unserer Region zu erhalten,
- sich die Stadt wegen der Konzentration von Kraftwerken und aufgrund der immens hohen CO<sub>2</sub>-Bilanz des Kreises Unna, weiterhin aktiv gegen den weiteren Zubau von Kohlekraftwerken einsetzt,

- bei nicht zu verhindernden Industrieansiedlungen in den Nachbarkommunen ein Raumordnungsverfahren verlangt wird, in dem nicht jedes industrielle Großprojekt isoliert, sondern in einem raumordnerischen Gesamtzusammenhang mit bestehenden und neuen industriellen Anlagen bewertet werden muss,
- die Stadt Selm, als „Stadt an der Lippe“ besonderes Augenmerk auf die Lippe legt und zusätzliche und vermeidbare Einleitungen in die Lippe verhindert, weil die Lippe bereits durch Grubenwasser und Altkraftwerke stark belastet ist,
- in NRW die Stromversorgung dezentralisiert wird und der Bau von fossil betriebenen Großkraftwerken ohne Kraft-Wärme-Koppelung verhindert wird,
- NRW einen Landesentwicklungsplan (LEP) aufstellt, der die Bemühungen der Bundesregierung die internationalen Klimaschutzverpflichtungen zu erfüllen, unterstützt und konsequent auf erneuerbare Energien setzt,
- durch Unterstützung von Bürgerinitiativen und politischen Gruppierungen in den Nachbargemeinden, angrenzenden Kreisen und Regierungsbezirken die Ansiedlung von Großindustrie an den Stadtgrenzen Selms verhindert wird,
- die Region durch interkommunale Zusammenarbeit ohne falsches Konkurrenzdenken entwickelt wird (Gewerbeflächen, Freizeitangebote, Flächennutzungsplanung, Einzelhandelsentwicklung, Zusammenlegung von Ämtern),
- ein generelles Verbot von Fracking mit giftigen Chemikalien zum Schutz der Böden und des Trinkwassers ausgesprochen wird und überhaupt keine Art von Fracking ohne vorhergehende Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden kann,

- eine Novellierung des Bergrechts erfolgt, damit das Genehmigungsverfahren für „Fracking“ aus dem Bergrecht herausgenommen wird,
- eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung und eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Fracking vorgeschrieben wird,
- durch Selm keine "Castor - und keine Uranhexafluorid Transporte" gehen,
- eine lokale Energiewende herbeigeführt wird, die den Ausstieg aus der Atomenergie mit Energie-Einsparung und Umstieg auf erneuerbare Energien verbindet,
- das Stadtgebiet nicht für Experimente der Großindustrie wie z.B. beim Gen Maisversuch - missbraucht wird,
- ein Baustellenmanagementkonzept erarbeitet wird (umweltverträgliche Baumaterialien, ökologisches Bodenmanagement, Minimierung zu entsorgender Baustellenabfälle durch konsequente Trennung und Wiederverwendung),
- das keine Mittelkürzungen bei der freiwilligen Feuerwehr vorgenommen werden,
- die Freiwillige Feuerwehr in Selm eine sachgerechte Ausstattung mit ausgebildetem Personal sowie den notwendigen Gebäuden und Geräten unterhält, damit die Feuerwehr organisatorisch, technisch und personell in der Lage ist, jederzeit effektiv die Rettung von Menschenleben und Sachgütern zu gewährleisten,
- der Feuerwehrbedarfsplan für eine zeitgemäße und technisch hochwertige Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehrerarbeitet wird,

- durch eine entsprechende Personalpolitik bei der Stadtverwaltung die Tagesbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr ausgebaut wird,
- das Anreize erhöht und geschaffen werden, die das Ehrenamt „Freiwillige Feuerwehr“ attraktiver machen,
- die Anerkennung des Ehrenamtes bei den jeweiligen Arbeitgebern gefördert wird und die Freistellungen für Löscheinsätze gewährleistet werden,
- der Neubau der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in Bork im Sinne eines zukunftsfähigen und erweiterungsfähigen Rettungsdienstes in Absprache mit den beteiligten Organisationen erfolgt,
- der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Unna so umgesetzt wird, dass auch zukünftig gewährleistet ist, dass Notfallorte in 8 Minuten vom Rettungsdienst erreicht werden,
- es bei dem Neubau der Feuerwehr in Bork zu einer Konzentration der Sicherheitsdienste, wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Rettungsdienst und im Idealfall auch durch die Polizei kommt, weil alles unter einem Dach koordiniert werden kann,

### 2.2 Entwicklungen zu einer Ökologischen Stadt

"Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat" (Albert Einstein, 1929).

Genau deshalb müssen Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärm-, Boden- und Gewässerschutz, Natur- und Landschaftspflege, Sicherung der Grünzüge und Schutz der dörflichen Gebiete bei Stadtentwicklung, Bauplanung und Baugenehmigung viel stärkere Berücksichtigung finden.

Denn das oberste Ziel einer klugen und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik ist die Erhaltung und langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das bedeutet u.a. Frischluftschneisen zu erhalten und wo nötig, neue zu schaffen, unseren Boden nicht zu vergiften und die Wasserqualität zu verbessern. Um Energie zu sparen, sollten Heizungen durch Dämmung sowie Nutzung der aktiven und passiven Solarsysteme optimiert werden. Auch im Abfallbereich müssen neue Vermeidungs- und Verwertungsstrategien entwickelt werden. Mittelfristig sollte ein räumliches Beieinander von Wohnung, Arbeitsplatz, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Ternscher See ist Erholungs- und Freizeitschwerpunkt. Die AG „Ternscher See“ überplant den vorhandenen Campingplatz auf der Südseite mit der Zweckbestimmung „Camping- und Wochenendplatz“. Ein Fuß- und Radweg ist Teil eines geplanten Rundweges um den See. Eine Erschließung dieses Weges von der Römerstraße parallel zum Selmer Bach ist inzwischen gebaut. Eine weitere Wohnbebauung, zum Beispiel auf der Nordseite, wird abgelehnt.

Für eine sozial-gerechte und klimafreundliche und bezahlbare Wohnungspolitik wird sich die UWG einsetzen. Durch planerische Festsetzungen sollten Wohnprojekte gefördert und angesiedelt werden, wie z.B. ökologisches Wohnen im Passivhaus mit hauseigenem Car-Sharing und nachbarschaftlicher Unterstützung durch altersgemischte Bewohner. Selm sollte nicht die Stadt der 4. Generation werden, aber der Wohnraum in Selm muss altersgerecht und barrierefrei sein.

Die Wohnungsunternehmungen müssen als Bündnispartner der Stadt arbeiten, die Wohnungsbestände nicht vernachlässigen und Problemquartiere nachhaltig sanieren sowie Programme und Beratungen anbieten, zum „Wohnen im Ortskern,“ und „Wohnen im Alter.“ Angesichts des demografischen Wandels ist es höchste Zeit eine sparsame und ökologisch ausgerichtete Ausweisung von neuen Wohngebieten vorzunehmen. Kommunale nachhaltige Wohnungspolitik muss sich in erster Linie um den Bestand kümmern und zuerst nutzen was da ist.

### Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- mit den vorhandenen Freiflächen sorgsam umgegangen wird,
- Gewerbegebiete ökologisch gestaltet und in die Umgebung eingepasst werden,
- die Entwicklung der Bebauungspläne unter Berücksichtigung von Anwohner- und Naturschutzbelangen durchgeführt werden und die Stadtentwicklung generell nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet wird und dabei die Ausweisung von privilegierten Flächen (Solar, Windkraft, Biomasse) erfolgt,
- Bauwillige in Sachen ökologisches Bauen besser beraten werden und ökologisches Bauen von der Stadt Selm besonders gefördert wird, (Förderung aus den Verkaufserlösen städtischer Grundstücke für z.B. Regenwasserversickerung, Sonnenkollektoren, Dachbegrünungen, Minimierung der Versiegelung etc.),
- bei Sanierungen Hilfen für die energetische Sanierung angeboten werden,
- bei neuen Baugebieten bereits über die Bebauungspläne eine dezentrale Energieversorgung mit kleinen Blockheizkraftwerken und Groß-Zisternen geplant werden,
- Solarthermie und Regenwassernutzung bei Neubauten zur Pflicht werden und Passivhaus - Standard erläutert und aktiv beworben wird,
- dass zusätzlich über städtebauliche Vorschriften der Klimaschutz im Gebäudebereich gefördert wird (Materialien, Fassadengestaltung, Baudichte),

- bei Neubauten die Nutzung erneuerbarer Energie zum Standard wird,
- verstärkte Wärmedämmung bei öffentlichen Gebäuden eingesetzt wird,
- Mini-Blockheizkraftwerke bei der Erneuerung der Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden eingebaut werden,
- ökologisch produzierter Strom für städtische Liegenschaften bezogen wird. Dazu haben wir mehrfach den Antrag gestellt, Strom für die städtischen Gebäude ausschließlich aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Diese Anträge wurden von SPD und CDU abgelehnt,
- die Handlungsempfehlungen des Stadtökologischen Gutachtens, wie Sicherung und Erhalt von Parkanlagen, Biotopverbund Selmer Bach, ökologische Aufwertung von verschiedenen Grünflächen, Freiraumentwicklung zwischen Bork und Selm, Schritt für Schritt weiter umgesetzt werden,
- Lippe, Selmer Bach, Funne u.a. Gewässer in Selm sauberer, ökologisch verbessert und dadurch sicherer werden,
- die Insel des ehemaligen Mühlengrabens im Bereich Haus Dahl/Bartling an der Lippe für die Wasserkraftnutzung wieder genutzt wird,
- ein Beschaffungswesen betrieben wird, das der Nachhaltigkeit, sozialen Gerechtigkeit und Fairen Preisen verpflichtet ist,
- die internationale Kampagne „Fairtrade-Stadt“ (ab Februar 2014 ist Selm Fair-trade-Stadt) aktiv unterstützt wird,
- Umweltstandards, wie der Verzicht auf Baumaterialien aus PVC nicht wieder aufgegeben, sondern sinnvoll weiterentwickelt werden,



- die Pflege der städtischen Grünanlagen nach ökologischen Kriterien durchgeführt wird und nicht ständig reduziert wird,
- die Wiederbelebung des Marktplatzes in Bork unterstützt wird,
- dass der „Masterplan“, für alle Stadtteile kritisch-konstruktiv begleitet wird,
- die Pläne zur „Regionale 2016“ unterstützt werden,
- keine Bebauung Waltroper Straße/Weiherstraße, zum Bassenwinkel (zu nah an Hochspannungsleitung), Südkirchener Straße (Schulentwicklungsfläche) und im Bereich ev. Kirche Bork (Fläche für Gemeinwesen) stattfindet,
- neue Baugebiete nicht unter Hochspannungsleitungen geplant werden,
- die Bürger vor Standortentscheidungen für Mobilfunksendeanlagen umfassend informiert werden,
- die „Eintrittsgebühr“ von 2 Euro am Recyclinghof und auch die Sperrmüllgebühr von 15,00 Euro wieder abgeschafft werden,
- beim „Wohnen im Alter“ Anpassungsbedarfe für ältere Mieter bei der Sanierung und beim Neubau berücksichtigt werden,
- Ältere Menschen selbständig in vertrauter Umgebung bleiben können und nicht in Randlagen gedrängt werden. Sie wollen nicht auf der „grünen Wiese“ leben, sondern am Leben teilhaben.

## 2.3 Förderung von umweltverträglichem Verkehr

Verkehr ist mehr als Auto fahren. Unter Freiheit verstehen wir aber auch die Freiheit der Verkehrsmittelwahl. Sie ist heute durchaus nicht immer gewährleistet. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Personennahverkehr bei Berufspendlern und im Ortsverkehr.

Weiterhin müssen Umweltschutz und Umweltverträglichkeit bei allen verkehrspolitischen und verkehrsplanerischen Entscheidungen der Stadt Selm anstehen. Eine zivilisierte Verkehrskultur ist nicht nur ein Problem der individuellen Einstellung, sondern der politischen und planerischen Rahmenbedingungen. Weitere Einschränkungen bzgl. des Angebotes darf es nicht geben.

Was mit Einführung des Sozialtickets auf freiwilliger Basis erfolgte, sollte auch mit dem „Flash Ticket“ möglich sein. Wir sind fest überzeugt, dass eine freiwillige Einführung zu einer sehr hohen Akzeptanz bei den Jugendlichen führen würde und dadurch das Heranführen an die Nutzung des ÖPNV erleichtert wird.

### Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- das Konzept „Fahrradfreundliche Stadt“ umgesetzt und weiterentwickelt wird (Ratsbeschluss),
- Fahrradstraßen - vor allem im Bereich von Schulen und Kindergärten angelegt werden (Sandforter Weg),
- nicht beim ÖPNV gespart wird und die von CDU und SPD im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gestrichene Taxibus-Linien wieder eingesetzt werden, damit das Zentrum gefördert, aber auch die Anbindung an die überregionalen Verkehrsströme (Bus und Bahn) verbessert wird oder diese Taxibus-Strukturen durch einen Bürgerbus ersetzt werden,

- der Nachtbusverkehr erhalten und verbessert wird,
- die Taktfrequenz der Züge und Busse nach Dortmund und Münster optimiert wird,
- der Schienenausbau der Strecke Münster-Lünen weiterhin vehement als wichtigste Verbindung zwischen Hamburg und Dortmund und als zentrale Infrastrukturmaßnahme auch für Selm gefordert wird,
- kürzere Übergangszeiten am Hauptbahnhof Lünen zum Schienenverkehr nach Münster und Dortmund erreicht werden,
- alle Haltepunkte und Bahnhöfe im Stadtgebiet attraktiv gestaltet werden, z.B. durch Bahnsteiganhebungen, um Behinderten und Senioren eine bessere Zu- und Einstiegshilfe zu gewährleisten,
- der öffentliche Personennahverkehr effizienter wird (Keine Reduzierung, sondern Ausbau des Leistungsangebotes im ÖPNV),
- eine regelmäßige Busverbindung Selm Waltrop, mit Anbindung an den Borker Bahnhof, eingerichtet wird,
- Selm im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) aufgenommen wird,
- bei der Umsetzung der Regionalisierung der Bahn die Bedürfnisse der Selmer Bevölkerung nicht den Kreis- oder sonstigen Interessen geopfert werden,
- Straßenneuplanungen wirklich die allerletzte Möglichkeit darstellen, Verkehrsprobleme zu "lösen",

- bei jeglicher Verkehrsplanung die besondere Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Schulwege gerichtet wird,
- Energie sparen auch im Verkehrsbereich umgesetzt wird, z.B. durch Einrichtung von Kreisverkehren und ampelfreien Kreuzungen in Schwachverkehrszeiten,
- Verkehrssicherheit oberste Priorität genießt (verkehrsregelnde, bauliche Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, sicher gestalteter Straßenraum, Sicherheitsanalyse etc.),
- die noch fehlenden Kreisverkehre (z.B. Landsbergstraße/Beifanger Weg) zeitnah realisiert werden.



### 3. Wirtschaft - Finanzen - Arbeit

Die dritte fundamentale Säule unserer politischen Arbeit stellen die kommunale Wirtschaftspolitik, die städtische Finanzsituation sowie der Arbeitsmarkt dar. Die Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge ist neben der Umsetzung einer sozialen Familienpolitik sowie der Beachtung ökologischer Themenfelder unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen und generationsübergreifenden Politik. Nach unserem Politikverständnis gehört zur Wirtschaftspolitik in Selm, neben einer **regionalen Wirtschaftsförderung**, eine **solide und vor allem gerechte Haushaltskonsolidierung** sowie eine engagierte **Entwicklung und Förderung des Arbeitsmarktes**.

Vor 18 Jahren wurde die Gründung der Stadtwerke durch die CDU verhindert und ein Strom-Konzessionsvertrag mit RWE bis 2016 abgeschlossen. Allein durch diese Verhinderung der Stadtwerke fehlen der Stadt heute **über 35 Millionen** Euro Einnahmen. In Bezug auf die Gründung von Stadtwerken hat die UWG „dicke Bretter“ gebohrt, denn inzwischen ist es gelungen, mit einem einstimmigen Ratsbeschluss die Gründung von Stadtwerken durchzusetzen. Grundlage dazu war das Auslaufen der mit Gelsenwasser geschlossenen Wasser- und Gas- Konzessionsverträge. Als Partner der Stadtwerke wurde die Firma Remondis gefunden, sodass direkt mit der Entsorgung begonnen werden konnte. Es ist allerdings bisher nicht gelungen, das Unternehmen Gelsenwasser zu einem Verkauf der Netze zu bewegen. Die Verhandlungen laufen aber.

#### Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- die **Stadtwerke Selm** auch eine aktive, dauerhafte Gas und Wasser-versorgung, sowie ab 2016 auch die Stromversorgung, in kommunaler Trägerschaft gewährleisten, damit die Energieversorgung in der Stadt Selm kostengünstig und bürgernah betrieben werden kann. Sollte der Herausgabe- und Übereignungsanspruch nicht einvernehmlich mit den Versorgungsträgern erreicht werden, sollten die Stadt Selm bzw. die Stadtwerke alle juristischen Mittel zur Herausgabe der Netze ausschöpfen,

- gerechtere Straßenreinigungsgebühren erhoben werden,
- bei Neuausweisung von Bauland in Selm, die aufgrund des Wachstums neu zu schaffende Infrastruktur zu Lasten der Grundbesitzer und nicht zu Lasten der Bauherren oder der Stadt geht (Änderung der 25 % Regel),
- vor Neuausweisung von Bauland Immobilienspekulation verhindert wird und die Eingriffsrechte der Kommune gestärkt werden.

### 3.1 Regionale Wirtschaftsförderung

Es müssen neue Wege gefunden werden, um den Standort Selm attraktiv zu gestalten. Was Not tut, ist die Ausrichtung aller politischen Instrumente und ökonomischen Anreize auf die Aktivierung der vorhandenen Industriegebiete, wobei eine ressourcenschonende Flächenpolitik betrieben werden sollte. Zuerst muss jedoch der Markt analysiert werden durch Erhebungen, Umfragen. Ist-Aufnahmen sowie eine Gesamtbilanz über die Folgekosten sind nötig. Gewerbetreibende und Handel müssen sich bei der Stadt gut aufgehoben und beraten fühlen und nicht als Bittsteller und Querulanten da stehen. Sie sollten einen zentralen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung haben.

Die größte Fehlplanung der vergangenen Jahre in Selm ist das Gewerbegebiet „Dieselweg“. Ein Verlust von rund 3 Millionen Euro ist inzwischen haushaltsmäßig verbucht. Die UWG hat sich immer, leider vergeblich, gegen dieses Misch- Gewerbegebiet ausgesprochen und vor der Errichtung gewarnt. Um noch größeren Schaden abzuwenden muss es allerdings jetzt zu einer zeitnahen Vermarktung kommen.

### Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken (besonders beim Dieselweg) eine sorgfältige Auswahl getroffen wird und nicht Grundstücke um jeden Preis (weil es die Haushaltslage verlangt) vergeben werden. Zentrales Kriterium muss die nachprüfbare Schaffung von auf Dauer angelegten Arbeitsplätzen sein,
- eine ganzheitliche und nachhaltige Wirtschaftsförderung betrieben wird, in der die Grundsätze der Ökologie, d.h. moderates Wachstum ohne willkürliche Naturzerstörung berücksichtigt werden,
- die Region durch interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Städten und Gemeinden, Kreisen und Regierungsbezirken entwickelt wird (gemeinsame Planung von Gewerbeflächen, Flächennutzungsplänen, positive Einzelhandelsentwicklung im Einklang mit dem bestehenden Einzelhandel etc.),
- neben der Neuansiedlung von Betrieben, Geschäften und Dienstleistern zur Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes und zur Steigerung der Attraktivität der Selmer Geschäftswelt auch eine qualifizierte Betreuung der bestehenden Betriebe gewährleistet wird,
- eine qualifizierte Infrastruktur mit weichen Standortfaktoren für Unternehmen und Betriebe geschaffen wird. Dazu gehören auch soziale Standards, wie ganztägige Kinderbetreuung für alle Kinder, vor allem auch im U3-Bereich,
- die subventionierten städtischen Gewerbegrundstücke größtmäßig begrenzt werden (kein Flächenfraß),

- keine neuen Gewerbegebiete auf der "grünen Wiese" entstehen, was wir bereits beim Gewerbegebiet Dieselweg verhindern wollten,
- Von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Anstrengungen unternommen werden, das Selmer Verkaufsangebot zur Steigerung der Attraktivität ständig zu erweitern (z.B. Naturkostladen, Fachhändler, Musikgeschäft etc.),
- dass das Technologie- / Forschungszentrum Ladungssicherheit am ehemaligen Bundeswehr-Standort „Muna“ in Bork ausgebaut wird und jede nötige Unterstützung dazu erhält, um diesen Standort zu entwickeln. Zudem sollte der nicht von Kampfmitteln geräumte und eingezäunte Bereich der Muna vollständig der Verwertung entzogen und stattdessen zum Naturreservat werden,

### 3.2 Solide und gerechte Haushaltskonsolidierung

Seit langer Zeit stecken die meisten Kommunen in NRW in einer tiefen Finanzkrise, die nicht erst seit der internationalen Finanzkrise besteht, sondern die vielmehr einen über Jahre hinweg schleichenden Prozess darstellt. Die Stadt Selm hat seit 1994 keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Seit 2005 leben wir im Nothaushaltsrecht mit einem jährlichen Defizit von 6 bis 7 Millionen Euro. Ursache für die „dramatische Lage“ sind, hauptsächlich die strukturellen Probleme der Stadt und der Region, in Verbindung mit der mangelnden Finanzausstattung durch Land und Bund.

Auf Drängen der CDU und SPD wurde in 2008 der Sparberater Michael Mutter eingekauft. Er fand angeblich ein Potential von 4,7 Millionen Euro („Mutterpapier“). 2 Millionen wurden umgesetzt, der Rest war unsinnig und nicht umsetzbar. Die direkt umgesetzten Sparvorschläge, die von SPD und



CDU ohne Diskussionen durchgewinkt wurden, waren fast immer zum Nachteil der Familien in Selm (Anhebung der Gebühren für VHS, Musikschule, Sportvereine, Kindergärten, Schließung von Spielplätzen, Schulschließung etc.) gefasst. Auch Personalabbau, Privatisierung, sowie der Verkauf von städtischen Immobilien waren die Hauptpunkte des Konsolidierungsexperten. Aber wir stecken in der **Vergeblichkeitsfalle**.

Trotz aller Sparbemühungen stieg das Haushaltsdefizit durch Veränderungen der Rahmenbedingungen im Haushaltsjahr 2011 auf fast 10 Millionen Euro. Vor den „Beratungen“ des Herrn Mutter waren es „nur“ rund 6 Millionen. Im Haushaltsjahr 2012 fehlten dann wiederum rund 6 Millionen Euro. Für sogenannte „freiwillige“ Leistungen standen nur noch 0,6 Millionen zur Verfügung. Die restlichen Fehlbeträge setzten sich zusammen aus Pflichtausgaben wie Sozialhilfe und Jugendhilfekosten. Verantwortlich für diese miserable Finanzausstattung der Kommunen ist der Bund: Der Bund, das sind die Parteien, die in den letzten 20 Jahren auf Bundesebene in wechselnden Kombinationen die Steuergesetzgebung zu Lasten der Kommunalfinanzen verändert haben. Denn die Soziallasten sind sämtlich auf Bundesgesetze zurückzuführen. Aufgrund solcher Gesetzgebung sind aus Selm zudem bisher 17 Millionen Euro in den **Fond Deutscher Einheit** geflossen, Gelder die Selm mit Kassenkredite bezahlen muss. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Seit 2011 ist die Stadt Selm zwangsverpflichtete Stärkungspakt-Kommune und wird von der Landesregierung gezwungen, die Sparanstrengungen noch zu verschärfen, bzw. die Einnahmen zu erhöhen, um bis 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Deshalb machte dann die Verwaltungsspitze Ende 2011 den Vorschlag, vom Jahr 2012 an, die Grundsteuer B zu verdoppeln. Nach nur zwei Alibi-Bürgerversammlungen sprachen SPD und CDU im Stadtrat von einer „Aufkommensneutralen Alternative“ und beschlossen mit allen Stimmen der Ratsmitglieder von CDU und SPD die Grundsteuer A von 403 Punkten auf 600 Punkte und die Grundsteuer B von 445 Punkten auf 825 Punkte anzuheben. Selm erhebt damit seit 2012 **die höchsten Grundsteuern in ganz Deutschland**.

## Die UWG - Fraktion hat einstimmig gegen diesen Beschluss gestimmt!

Wir sind der Meinung: Die Grundsteuer ist keine Bagatelsteuer, sondern trifft alle Bürger. Hauseigentümer und auch Mieter, die die Grundsteuer im Rahmen ihrer Nebenkosten zahlen müssen. Die Aufstockung kostet den Bürgern rund 2,5 Millionen Euro pro Jahr und liegt im Durchschnitt bei etwa 300 Euro pro Haushalt. Wer kaum soziale Infrastruktur vorhält und in Schule, Bildung und Sport auf Niedrigsttemperatur kocht, sollte von den Bürgern keine hohen Grundsteuern abkassieren. Und die Frage ist, kann ein Bürger mit der höchsten Grundsteuer der Republik bestraft werden, weil er zufällig in Selm wohnt? Ist der Bürger für die Verschuldung der eigenen Stadt verantwortlich oder wer trägt dafür die Verantwortung?

Die Entscheidung zur Grundsteuererhöhung ist inzwischen vom Verwaltungsgericht und auch dem Oberverwaltungsgericht als rechtmäßig eingestuft worden. Nach Aussage des Richters sei das Ganze eine rein politische Entscheidung des Rates der Stadt Selm. Man könne allerdings **bei der nächsten Kommunalwahl seine Konsequenzen** daraus ziehen, so der Richter beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen.

## Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- die Hebesätze der Grundsteuer A und B auf ein durchschnittliches Maß zurückgesetzt werden,
- Bund und Land gerichtlich dazu aufgefordert werden, die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt nachhaltig zu verbessern,
- ein vehementes und zielgerichtetes Einbringen Selmer Belange auf Kreis-, Landes- und Bundesebene geschieht,
- das Abrufen von Fördertöpfen (EU, Bund und Land) intensiviert wird, um Finanzmittel für unsere Stadt ein zu werben,
- Selm nicht kaputt gespart wird.

### Nachwort

Dieses Programm wurde von den Mitgliedern der UWG Selm e.V. erarbeitet, diskutiert und verabschiedet. Es bildet für die nächsten 6 Jahre die Leitlinie der UWG - Kommunalpolitik in Selm. Alle Kandidaten der UWG Selm werden sich dafür einsetzen, dass die in ihm enthaltenen Ziele und Maßnahmen so weit wie möglich verwirklicht werden.

Obwohl der kommunalpolitische Handlungsspielraum sehr begrenzt ist, können Sie bei der Lektüre unseres Programms wesentliche Unterschiede zu den Mitbewerbern feststellen. Wir legen besonderen Wert darauf, dass ein Programm - wie der Name bereits sagt - nur Programm (sprich Leitlinie) sein soll und nicht ein gerader vorgegebener Weg, der ohne wenn und aber zu durchschreiten ist. Unser Politikstil ist geprägt von spontanem Handeln für die gute Sache. Wir sind immer und zu jeder Zeit offen für neue, gute Ideen. Dieses unterscheidet uns auch wesentlich von den Parteien, die für sich zwar immer wieder betonen, das Beste für die Stadt zu wollen, obwohl sie letztlich doch ihrer Parteilinie treu sein müssen.

Bei den Diskussionen über die Grundsteuern und den Schuldiskussionen konnte man feststellen, wie ernst die beiden so genannten Volksparteien die Ängste und Sorgen der Bevölkerung nehmen. Hier in Selm den letzten Cent zu sparen und durch Grundsteuererhöhungen die Staatsschulden dem Bürger aufzubürden, während die großen Politiker draußen das Geld zum Fenster rauswerfen, ist jedenfalls mit der UWG nicht zu machen.

Wir wissen, dass einige unserer Vorschläge Geld kosten. Wir denken aber, dass durch ein vernünftiges und durchdachtes Personalmanagement, in Verbindung mit zu erwartenden Einnahmen, z.B. durch den Betrieb der Stadtwerke, viele Vorschläge in der Zukunft zum Wohle unserer Stadt umgesetzt werden können.

unabhängig

kritisch

bürgernah



*Liebe Selmerinnen und Selmer!*

*Unterstützen und vertrauen Sie  
unseren Kandidaten am 25.05.2014.*

*Sorgen Sie mit Ihrer Stimme für den*

**Wechsel zu einer  
besseren Politik in Selm -**

**Nur mit uns!**

